



Auch hier blieb man an der Oberfläche haften. Der Vorsitzende, Kommerzienrat Dr. Reusch, führte aus:

Auf der Dresdner Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie wurden die Forderungen der Wirtschaft in einer so bestimmten und klaren Weise herausgestellt, daß ich darauf verzichten kann, im einzelnen auf die gegenwärtig im Vordergrund stehenden wirtschaftspolitischen Fragen einzugehen. Auf dieser Tagung hat unser Freund Silverberg in einer hervorragenden gedankenvollen Rede über das deutsche Unternehmertum in der Nachkriegszeit Ausführungen entwickelt, denen man in der Hauptsache nur voll und ganz zustimmen kann.

Leider hat er sich am Schluß seiner Ausführungen auf das politische Gebiet begeben, was in Kreisen der Industrie Bedenken und Widerspruch auslösen muß, um so mehr, als diese Ausführungen von der Presse parteipolitisch ausgewertet wurden. Es ist besonders zu bedauern, daß dadurch seine übrigen bedeutungsvollen Darlegungen in den Hintergrund gedrängt wurden. Ich stimme Hrn. Silverberg darin zu, daß nicht gegen und nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden soll, glaube auch mit ihm einig zu gehen, daß von der Industrie im Interesse ihres geschlossenen Auftretens die Parteipolitik ferngehalten werden muß. Arbeiter, Kopf- und Handarbeiter, sind in allen Parteien vorhanden. Es ist nicht angängig, eine einzelne Partei als Arbeiterpartei zu bezeichnen. — Nicht ohne und nicht gegen die Arbeiterschaft kann regiert werden; mit aller Deutlichkeit muß aber ausgesprochen werden, daß auch nicht gegen die Wirtschaft regiert werden kann. Wir haben berechtigten Grund zu der Klage, daß in den letzten Jahren vom Parlament und von der Regierung die Lage der Wirtschaft nicht entsprechend berücksichtigt wurde. Sogar an Stelle der verschiedenen, mir unbrauchbar erscheinenden Pläne nicht eine Reform der amtlichen Interessensvertretungen in der Richtung zweckmäßig sein, sich in besonderen Wirtschaftstammern zusammenzuschließen?

Herr Silverberg gab hierauf folgende Antwort:

Kommerzienrat Reusch habe ja ihm (Silverberg) ausdrücklich darin zugestimmt, daß nicht gegen und nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden solle. Das ist ein bedeutungsvoller und bedeutungsschwerer Satz. Wenn mancher betont hat, dies sei im Grunde etwas ganz Selbstverständliches, so kann ich darauf erwidern, daß man auch einmal etwas Selbstverständliches hirt und da wiederholen und unterstreichen muß. Dr. Bögler hat vor nicht langer Zeit einmal hervorgehoben: Wir sind auf dem besten Wege, unserer Arbeiterschaft feind zu werden. Aber das wollen wir nicht. Wenn die Ereignisse und die Entwicklung in Deutschland gegen unseren Willen uns vielleicht auf solche Wege geschoben haben, dann ist es allerhöchste Zeit, daß wir davon wieder zurückkommen. Ich sage ausdrücklich, die Arbeiterschaft und wir.

Eine Klärung darüber, was die Unternehmer unter dem „Mitregieren“ und „die Arbeiterschaft und wir“ verstehen, ist, abgesehen von der Forderung nach der großen Koalition, nicht erfolgt. Es muß schon deutlicher geredet werden, um erkennen zu können, ob der Weg, den die Unternehmer denken, geeignet ist, den gegenwärtig wieder klaren Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Wohle der Gesamtheit zu mildern.

## Gefahren der Rationalisierung und der Massenfabrication.

In einer Zeit, in der alles nach Rationalisierung und Massenfabrication schreit, sollte man sich auch den Gefahren gegenüber nicht verschließen, die die modernen Betriebsysteme in sich bergen. Daß der Mensch zur Maschine wird, ist die eine große, vielleicht größte Gefahr, aber es geben auch noch andere. Der bekannte englische Wirtschaftspolitiker Edward Anson-Birmingham hat sich vor kurzem besonders zu den Gefahren der Massenfabrication geäußert. Wir halten seine Ausführungen für wichtig genug, sie hier folgen zu lassen:

„Massenfabrication“ ist eines der am häufigsten gehörten modernen Schlagworte unserer Zeit. Was bedeutet sie? Sie bedeutet: Verbilligung eines industriellen Erzeugnisses, erzielt durch eine stark gesteigerte Produktion, die unter Anwendung von Spezialmaschinen und einer starken Spezialisierung der Arbeitskräfte erfolgt.

Diese Definition mag vielleicht auf den ersten Blick etwas kompliziert erscheinen, sie ist indessen ganz einfach. Sie will nämlich nur sagen, daß eine Fabrik, die auf Massenfabrication eingestellt ist, nur einen oder einige Artikel eines bestimmten Gewerbezweiges herstellt und daß jeder Arbeiter dieser Fabrik nur einen bestimmten Teil eines genau festgelegten Arbeitsvorganges leistet und nur diesen allein.

Ich glaube, daß diese Definition uns sofort die mannigfachen Vorzüge, aber auch die gewaltigen Nachteile dieser modernen Betriebsorganisation zeigt.

Unteruchen wir zunächst die beiden großen Vorteile, die aus diesem Fabricationsystem entspringen. Der eine kommt dem Besitzer der Fabrik, der andere dem großen Publikum zugute. Falls die Produktion eines Artikels in bedeutendem Umfange erhöht wird, erzielt der Besitzer der Fabrik einen höheren Gewinn selbst bei Ermäßigung des Absatzpreises, vorausgesetzt natürlich, daß er seinen Absatz im Einklang mit der erhöhten Produktion halten kann. Der Verbraucher des Artikels aber hat insofern einen Vorteil, als sich aus der Massenfabrication meist ganz von selbst eine Preisermäßigung für den betreffenden Artikel ergibt.

Mit diesen beiden nicht abzuleugnenden Vorteilen verbindet sich aber ein sehr großer Nachteil. Wenn z. B. der Besitzer der Fabrik seinen Absatz nicht im Rahmen der erhöhten Produktion halten kann, was wird dann geschehen? Es sei denn, daß er einen Teil seiner erhöhten Produktion auf Lager nimmt, so wird sein so hochspezialisiertes Fabrikunternehmen ebenso wie seine hochspezialisierte Arbeiterschaft wertlos. Es hat keinen Zweck, große Mengen eines bestimmten Artikels zu produzieren, wenn der Konsument den Artikel nicht kauft. Eine Fabrik, die nicht auf Massenfabrication eingerichtet ist, kann sich im Falle einer industriellen Depression besser für die Fabrication eines anderen Produktes derselben Klasse umstellen. Bei der Massenfabrication ist jede Maschine und jeder Quadratfuß des Arbeitsraumes mit dem einen Ziel eingerichtet, der Massenfabrication zu dienen. Wird sie durch irgendeinen Umstand hierfür unbrauchbar, so muß die Fabrik mit größten Verlusten an Zeit und Kapital umgebaut werden.

Unter der heutigen schwierigen Wirtschaftslage besteht natürlich für jedes industrielle Unternehmen die Gefahr, daß sein Absatz mit der Produktion nicht gleichen Schritt hält. Es ist gerade dieser Umstand, der jeder Massenfabrication einen gewissen Spielcharakter verleiht.

Meiner Meinung nach bestehen die größten Gefahren der Massenfabrication in der zwangsmäßig erfolgenden Herabdrückung des geistigen Niveaus der Arbeiterschaft und eine dadurch hervorgerufene Verschlechterung des Menschenmaterials.

Überlegen wir uns einen Augenblick die Lage eines gelernten Handwerkers, bevor die Massenfabrication im modernen Sinne des Wortes die Gemüter unserer Industrieführer

gefangen nahm. Da lernte ein junger Mann vom frühen Alter ab lange Zeit, z. T. bis zu sieben Jahren. In der ganzen Zeit studierte er sein Fach nach allen Richtungen unter ständiger Führung. Nach Beendigung seiner Lehrzeit konnte er sich als Geselle in die Welt begeben, sich mit seiner Fachkenntnis überall sehen lassen und sagen, daß er ein gelernter Fachmann seiner Branche sei. Wie ganz anders liegen die Dinge bei der heutigen Massenfabrication. Der moderne Arbeiter, der in einer Fabrik, die auf Massenfabrication eingestellt ist, arbeitet, kennt kein bestimmtes Handwerk im alten Sinne des Wortes, obwohl es heutzutage etwas ganz allgemeines ist, daß man einen Arbeiter behaupten hört, er sei ein gelernter Mechaniker, Dreher oder etwas ähnliches, weil er eine Zeit lang vielleicht irgendeine Drehbank oder eine Bohrmaschine bedient hat, die so gebaut ist, daß er keinen Fehler damit machen kann. Mit Stolz behaupten die Besitzer von Fabriken, die auf Massenfabrication eingestellt sind, es gibt keine Maschine in ihrer Fabrik, an der nicht ein ungelerner Mann, falls er einige Tage damit umgegangen ist, sofort arbeiten könnte.

Massenfabrication in diesem Sinne ist natürlich sehr nützlich, wenn es sich darum handelt, schnell eine große Welle der Beschäftigungslosigkeit zu bekämpfen. Wenn Arbeiter in ihrem sonstigen Arbeitsgebiet keine Arbeit mehr finden können, dann können sie schnell in ein solches Fabrikunternehmen eintreten, aber wir müssen uns doch stets vor Augen halten, welche Folgen die zunehmende Rationalisierung mit sich bringt. Ich erinnere mich eines Gespräches mit einem Bekannten, der eine Möbelfabrik besitzt und der mir erzählt, daß es heute fast unmöglich sei, junge Leute für die Kunsttischlerei zu erhalten, weil diese jungen Leute, fast ebenso viel Geld in anderen Branchen, wo sie überhaupt keine Ausbildung benötigen, verdienen. Ich kann mir keine Welt vorstellen, in der alle alten früher geliebten, mächtig gegliederten Zünfte und Handwerke verschwunden sind, aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir uns diesem Gefahrenpunkte wirtschaftlicher Entwicklung nähern. Es hat stets eine Verschlechterung zwischen den Löhnen gelernter und ungelerner Arbeiter bestanden. Das war nur recht und billig, denn der gelernte Vertreter eines bestimmten Handwerks muß Jahre seines Lebens darangeben, um seinen Beruf vollkommen zu erlernen, während der andere ja nach der Konjunktur hier und dahin getrieben wird und nur sein bishigen Bestand in Geld umsetzt. Unter den Gefahren der Massenfabrication werden beide — der gelernte wie der ungelernete Arbeiter — gleichmäßig bezahlt, aber der gelernte Arbeiter herabgedrückt.

Man hat nicht mit Unrecht behauptet, daß 50 Prozent unseres heutigen Lebensensensens der Monotonie herrühre, die sich im heutigen industriellen Berufsleben breit macht. Man kann aber auch monotoner sein, als Tag für Tag immer wieder dieselben Handgriffe machen oder dieselben Schrauben einzubringen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der menschliche Geist eine solche Beanspruchung lang aushalten kann, wenn er nicht vollkommen schlummern soll. Die Folge solcher Arbeit, der der Arbeiter nichts hat, womit er seinen Geist beschäftigen kann, muß eine Verschlechterung seiner Mentalität sein, eine Verminderung der Lebensfreude und ein Aufsteigen von zufriedener, klassenfeindlicher Gedanken.

Stellen wir uns einmal den Fall eines Schmiedes der alten Zeit vor, der den Auftrag erhielt, ein ehernes Gittertor zu schmieden. Er dachte bis spät in die Nacht über das Muster, das er fertigen wollte, nach seiner freien Stunden beschäftigte er sich mit diesem Muster immer schöner zu gestalten. Er war ein glücklicher Mann, denn er konnte mit konstruktiven Ideen beschäftigen, so wenn er seine Arbeit beendet hatte, so empfand er die Genugtuung, daß sie die Anerkennung seiner Freunde und Bekannten fand. Er empfand auch innerlich das befriedigende Gefühl,

seiner Kunst sich auch in diesem Falle in würdiger Weise würdig gezeigt hatte. Diesen Geist müssen wir zu erhalten suchen. Man darf er, so wird aller Stolz für Qualitätsarbeit verloren gehen. Denn wie kann ein Mann, dessen ganzes Tagewerk daraus besteht, daß er eine bestimmte Schraube in einer bestimmten Öffnung einfügt, den Anspruch erheben, ein gelernter Handwerker zu sein?

Qualitätsarbeit und Handwerkskunst als Stolz eines wohlhabenden Tagewerks erscheinen mir die wichtigsten Antriebsmittel für eine wohlgelungene industrielle Produktion zu sein. Der Besitzer einer Fabrik, in der dieser Geist aufrecht erhalten wird, ist meiner Meinung nach ein glücklicher Mann, denn nicht nur er, sondern auch seine Arbeiter sind zufrieden und glücklich. Der Leiter einer Fabrik indessen, die auf Massenfabrikation eingestellt ist, kennt nie den wahren Geist, der eine Arbeiterkastele befeuert; denn sein Arbeitsfeld liegt in tristem Gegensatz zu jeglicher Handwerkskunst.

Ich persönlich bin der Meinung, daß dieser Grund allein genügt, um die Massenfabrikation in den Augen jedes denkenden Menschen zu verurteilen; besonders weitblickende Fabrikbesitzer werden sich mit diesen Gedankengängen einmal recht eingehend beschäftigen müssen.

### Der Juristentag und die Haftung der Berufsvereine.

Vom 12. bis 15. September fand in Köln der 34. Deutsche Juristentag statt. Die Verhandlungsgegenstände hatten auch dieses Mal die weite Kreise eine erhebliche Bedeutung.

Aus der Angelegenheit des Strafrechtsbuches hervorgeht vor allem das Problem der Haftung der Berufsvereine für unzulässige Kampfhandlungen. Die ursprüngliche Fassung des § 31 BGB schränkte bekanntlich für wirtschaftliche Vereine die Möglichkeit, die Rechtsfähigkeit zu erwerben, stark ein. So ist es zu erklären, daß zahlreiche Verbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Form des nicht-rechtsfähigen Vereins errichtet sind. Erst durch Artikel 123 der neuen Reichsverfassung wurde den Berufsvereinen der Erwerb der Rechts-

fähigkeit ohne Einschränkungen ermöglicht. Davon ist allerdings nur in wenigen Fällen Gebrauch gemacht worden. Die praktische Folge davon ist, daß die rechtsfähigen Berufsvereine einer erheblich weiteren Haftung für Kampfmaßnahmen unterliegen, als die nicht-rechtsfähigen, da rechtsfähige Vereine nach dem § 31 BGB, ohne weiteres für die zum Schadenersatz verpflichteten Handlungen ihrer sachungsmäßigen Organe haften, während den nicht-rechtsfähigen Vereinen auf Grund des § 31 BGB eine weitgehende Haftungsbefreiung möglich ist.

Das sind selbstverständlich reformbedürftige Zustände, die um so dringender der Abhilfe bedürfen, als infolge der außerordentlich angewachsenen sozialen Probleme den Berufsvereinen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine verstärkte Verantwortung auferlegt ist. Der Vorschlag, den Berufsvereinen die Pflicht zur Anmeldung zu einem Berufsvereinsregister und damit zum Erwerb der Rechtsfähigkeit aufzuerlegen, verdient darum größte Beachtung. Zu erstreben ist allerdings gleichzeitig eine Beschränkung der Haftung in Anbetracht der besonderen den Berufsverbänden obliegenden Aufgaben. In einem Gutachten von Prof. Ripperding wird beispielsweise vorgeschlagen, für jeden Schadensfall die Haftsumme auf den Gesamtbetrag der Mitgliedsbeiträge des letzten Geschäftsjahres zu beschränken. Diese Summe muß indessen als viel zu hoch angesprochen werden; eine so weitgehende Haftung würde wohl in fast allen Fällen den verurteilten Verband auf lange Zeit hinaus ein- und unfähig zur Erfüllung seiner ihm auch im allgemeinen Interesse obliegenden Aufgaben machen. Zur Schärfung des Verantwortungsbewusstseins der Verbände und ihrer Organe sind weit geringere Haftsummen ausreichend.

Befremdend wirkt es, daß man zu diesen sozialpolitisch hochbedeutenden Beratungen nicht auch die Vertreter der Arbeitnehmer hinzugezogen hat. Die Betrachtungsweise wird daher wohl mehr oder minder einseitig bleiben. Als Referent für diese Fragen trat der Syndikus eines Arbeitgeberverbandes aus der sächsischen Metallindustrie auf. Wie ist diese doch nicht unbewußte Ausschließung der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Arbeitnehmerverbände mit dem erst kürzlich in Dresden propagierten Gedanken der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmertum und Arbeitnehmer-

schaft zu vereinbaren? Auch ist der Deutsche Juristentag unseres Wissens keine einseitige Interessenvertretung, sondern befreit, das Recht im Interesse des Volksganzen fortzubilden.

### Vom Problem des Mitbestimmtes.

Von Hubert Schmitz-Essen.

Nachhaltig ist seit jeher in der christlichen Gewerkschaftsbewegung das Problem des Mitbestimmtes der Arbeiter in der Wirtschaft angepaßt worden. Propagierung des Genossenschaftsgedankens unter der Arbeitnehmerschaft, Förderung der Konsum- und Produktionsbewegung, um die Verbraucher zu Herstellern und Verteilern ihrer Bedarfsgüter zu machen, Gründung und Anteilnahme an den verschiedensten Versicherungsgesellschaften, um auch hier ansehnliche Arbeitertapitalien den Bestrebungen der Arbeitnehmer zugänglich zu machen, Beteilung an wichtigen wirtschaftlichen Unternehmungen, umfassende Beschaffung von Eigenbesitz der verschiedensten Art usw., das waren Stappen zur Erreichung des Zieles. Damit war aber auch die Möglichkeit geschaffen, wertvolle Einblicke in die wirtschaftlichen Verhältnisse zu gewinnen und diese Erkenntnisse der gewerkschaftlichen Betätigung nutzbar zu machen. Wussten diese Wegstrecken sind also bereits zurückgelegt, weitere liegen vor uns. Sicher wären der Erfolge noch größere zu verzeichnen, hätten wir uns nicht in den letzten Jahren den außergewöhnlichen Zeitverhältnissen gegenüber befunden. Bei prosperierender Wirtschaft, in Zeiten fruchtbarster gewerkschaftlicher Tätigkeit, zu einer Zeit auch, wo der einzelne Arbeiter sich größerer Beweglichkeit erfreuen kann, da hätte sicher die ganze Frage des Mitbestimmtes ein anderes Gesicht bekommen.

Dennoch wurde nicht unterlassen, ganz ernsthaft dem Problem nachzugehen, um immer mehr einer ausreichenden Lösung näher zu kommen. Die mannigfachen Überlegungen wurden angestellt. Auf dem Gewerkschafts-kongress in Essen 1920, also in der Zeit, in der im Lande, in Staat und Wirtschaft noch die stärksten Störungen vorhanden waren, da wurde für die Arbeiterschaft eine andere Stellung in Betrieb und Wirtschaft verlangt. Sie sollte zu verantwortlichen Mitträgern der

### Menschenwirtschaft.

Der rechte Mann am rechten Platz. Dieses ist eine sehr schöne und einleuchtende Wortwahl in der Praxis daran, daß es sehr schwer ist, den rechten Mann für den rechten Platz zu finden.

Auch in der Wirtschaft. In vielen Betrieben hat man mit mehr oder weniger Sachkenntnis psychotechnische Eignungsbüros eingerichtet, in denen die Arbeitnehmer auf ihre Tüchtigkeit und Verwendungsfähigkeit geprüft werden. Man spricht von „Menschenwirtschaft“, die neben der Betriebsrationalisierung den weiteren Fortschritt ermöglicht. Der zum mindesten häßliche Name ist auch zugleich das größte Übel für das Verlangen der Eignungsprüfungen. Weil man den lebendigen Menschen nicht anders werden als etwa die tote Maschine und mit völlig unzulänglichen Hilfsmitteln und mit völlig ungeeigneten und ungenügend geschulten Kräften an ihm herumprüffert. Sehr zum Schaden für den Arbeitnehmer nicht nur, sondern auch für den Arbeitgeber und die gesamte Wirtschaft. Das ist vornehmlich zu bedauern, weil der Wert der Eignungsprüfungen durchaus zu bejahen sind und ihre rechte Anwendung nicht nur mit geringstem Kraftaufwand ein Maximum an Leistungen hervorzubringen vermag, sondern auch zur Ermöglichung der Berufswende des Arbeiters beiträgt, der, an den rechten Platz gestellt, alle seine Kräfte und Anlagen einbringen kann.

Vorläufig aber sind wir noch nicht so weit, wie wir mit erfreulicher Deutlichkeit einerseits und andererseits den besten Sachverständigen auf diesem Gebiete,

Herr Prof. Dr. phil. et med. Walter Boppelreuter-Bonn, in einem Artikel: „Wertpolitische Fragen der psychotechnischen Begutachtung“ („Der Arbeitgeber“ 18/1926) ausgesprochen: „Die Psychotechnik ist vorläufig noch nicht so ausgebaut, daß sie ohne Fühlungnahme mit der Wissenschaft für die Praxis „juristisch“ werden könnte. Was dabei herauskommt, ist mehr oder weniger verschleiertes Entwerfen geistigen Eigentums, Verballhornisierung und Mißerfolg... Es wird mit Sicherheit zu einer Fachwissenschaft der Psychotechnik kommen, und in späteren Jahren werden, genau so wie jetzt die Fachpsychologen die Begutachtungstellen leiten und zwar in mehr oder weniger loser Fühlung zu berufener Wissenschaft. Aber diese Entwicklung ist leider noch in weiter Ferne; muß doch zunächst einmal erfolgen die Präzisierung der noch bestehenden Unbestimmtheit, ob der Betriebspsychologie sich aus dem psychotechnisch gebildeten Ingenieur oder aber aus dem betriebswissenschaftlich gebildeten Fachpsychologen oder aber als Vereinerung der körperlichen und seelischen Begutachtung — als ärztlicher Psychotechniker entwickeln wird.“

Kann man es bei solcher Sachlage dem Arbeitnehmer verübeln, wenn er bezüglich der psychotechnischen Eignungsprüfungen vorerst noch eine abwartende Stellung einnimmt?

Auch auf der am 16.-18. September in Wiesbaden abgehaltenen Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene brachte Dr. Lehmann-Berlin, erster Präsident am Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie, in Bezug auf die Ermüdungsprüfung zum Ausdruck, daß wir im allgemeinen zu einer

Messung der Ermüdung noch nicht das nötige Rüstzeug besitzen. „Eine allgemein anwendbare Methode zur Messung der Ermüdung gibt es nicht, wohl aber gibt es Verfahren, die in gewissen Einzelfällen ein Urteil über die Zunahme der Ermüdung gestatten und die bei einer entsprechend kritischen Würdigung der erhaltenen Resultate in der Lage sind, Wertvolles zu leisten.“ Sehr zutreffend fügte auf der gleichen Tagung Herr Gewerbe-medizinalrat Dr. Veite-Wiesbaden hinzu: „Eine produktive Gewerbehygiene muß den Weg finden, um Ermüdung und Erschöpfung bei der Arbeit möglichst zu verringern. Je mehr die Arbeitsstelle den Ansprüchen der Kultur entspricht, um so lieber verrichtet in dieser freundlichen Umgebung der Arbeiter seine Tätigkeit.“

Herr Dr. Veite war auf dem rechten Wege. Er hätte keine Ausführungen nur noch dahingehend ergänzen müssen, was dann in der Diskussion auch zum Ausdruck kam, daß die wesentlichste Grundlage der Gewerbehygiene gesunde und zufriedene Arbeiter sind. Die erzielt man nicht durch psychologische Eignungsprüfungen, sondern nur durch die Schaffung besserer Arbeitsbedingungen, ausreichende Entlohnung, kürzere Arbeitszeit, geräumige Wohnungen. Vor allem ist es wichtig, durch geeignete Maßnahmen die erwerbstätige Jugend geistig und körperlich kräftig zu erhalten. Dann wird auch die rechte Auswahl leichter, die Leistungsfähigkeit und die Aufgeschlossenheit für die Arbeit größer. Die „Laboratorien für Menschenwirtschaft“ könnten dann fast verkleinert und erhebliche Kosten eingespart werden.

Wirtschaft gemacht werden. Die Erörterungen in Essen über die „Gleichberechtigung der Arbeiter in Staat und Wirtschaft“ gaben für dieses Verlangen zieslichere Begründung. Wunderbar abgerundet sind die diesbezüglichen Beratungen Essens wiedergegeben in dem Jahresbericht 1921 des „Frankfurter sozialen Archivs“.

ihre aktuelle Bedeutung liegt vielmehr in einer gewerkschaftlichen Zielsetzung, die ausdrücklich über eine nur klassenmäßige Lohninteressenpolitik hinausweist, indem sie den Arbeiterberufsverein zum verantwortlichen Mitträger der Produktion erhebt. Abgelehnt wird einerseits das „individuell-kapitalistische Wirtschaftssystem“, andererseits der „bürokratische Wirtschaftszentralismus“, der Staatkapitalismus der Marxisten; anerkannt einerseits die unerlässliche freie Initiative der Wirtschaftsführer, die Unternehmerfunktion, sofern sie als Amt, nicht nur als Geschäft, als Dienst, nicht nur als Verdienst, erfüllt wird, gefordert, andererseits die produktive Mitbestimmung und Mitbeteiligung aller ausführenden Arbeiter.

Eine vortreffliche Interpretation der Essener Arbeiten zu diesem wichtigen Problem. Die nächstfolgende größere Tagung der christlichen Gewerkschaften war die Kölner Jubiläumstagung 1924. Die tiefgründige Durchsicherung der 25jährigen Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften und die sich daraus ergebenden Folgerungen für die künftige Arbeit, gaben Gelegenheit, auch für diese Zukunftsarbeit das Problem des Mitbestimmens erneut in den Vordergrund zu stellen.

„Ebenso wie vor 100 Jahren, wo das Gros des preußischen Volkes aus unselbständigen Bauern bestand, Freiherr vom Stein dieses Volk an Heimat und Vaterland, durch eine andere Stellung in Staat und Wirtschaft, durch Beteiligung am Besitz zu interessieren suchte, nahen den 70 Prozent Gehalts- und Lohnempfänger, die heute das deutsche Volk bilden, eine andere Stellung als die eines bloßen Gehalts- und Lohnempfängers in der Wirtschaft verschafft werden. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, wonach die Gehalts- und Lohnempfänger zu Einzel- oder Kollektivem gelangen und durch Mitverwaltung und Mitbestimmung in die Wirtschaft hineinwachsen können. Der Wege dahin gibt es viele.

Durch Einblicke in die Wirtschaft, Einfluss auf die Wirtschaft, muß die Verantwortung für die Wirtschaft geweckt werden.“ Das war die Begründung für den in den letzten Jahren so außerordentlich viel beachtenden Beschluß der Kölner Tagung, wonach die organisierte Arbeitskraft, die organisierte Sparrkraft und die organisierte Konjunktur auf den Gedanken umgestellt werden sollen, daß die Arbeitnehmer weitgehend in den Mitbestimmung und Mitverwaltung der Wirtschaft hineinwachsen sollen.

Besondere Beachtung erfährt dann das Problem auf der Herbsttagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Saarbrücken 1925. Der Standwerdung der Arbeitnehmerchaft galten die Erörterungen. . . . das wäre die neue Idee . . . kollektives Arbeitnehmerkapital bilden, das mit Bewußtsein als Arbeitnehmerkapital, ertrag- und einflussreichend planmäßig in die Wirtschaft hineingeführt wird, das „als kollektives Machtmittel in die Hände der Gewerkschaften zu vereinen und von dort aus zum Mitbestimmen in der Wirtschaft und als Machtmittel eingesetzt werden soll“. Hier werden als Wege zum Ziel die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen und Kreditgewährung an die Wirtschaft sachverständig untersucht. Zur weiteren Verfolgung dieser Wege, wie überhaupt zur Erreichung der verschiedensten Wege, wurde eine Kommission eingesetzt. Mit Rücksicht auf die Arbeiten dieser Kommission wurden dann auf dem Gewerkschaftskongress in Dorimund im April d. J. erneut die bisherigen Wege der Selbsthilfe behandelt. Der Vortrag über Mitbestimmungsrecht und Mitbestimmung der Arbeiter in der Wirtschaft, gab dann die ausgiebige Begründung zu dem Beschluß des Kongresses, wonach die erstrebte gleichberechtigte Mitbestimmung und Mitbestimmung der Arbeit in Betrieb und Wirtschaft in verstärktem Maße auf dem Wege über den Mitbestimmung in der Wirtschaft erreicht werden kann.

Wurde so in der Gewerkschaftsbewegung in bemerkenswerter Weise dem Problem näher gerückt, so fand auch anderswo dasselbe mehr und mehr Interesse. So nimmt auch das Würzburger Programm der kathol. Arbeitervereine mit seinen Erläuterungen darauf Bezug. In den Kapiteln über die Wirtschaftsordnung wird die Beteiligung der Arbeiter, ob sie eine Teilnahme an der Verwaltung

oder an dem Ertrage oder gar am Besitz ist, hervorgehoben. „Ohne Beteiligung am Besitz erscheint die sonstige Mitwirkung an der Verwendung der Produktionsmittel nicht hinreichend, um der Arbeitskraft gebührenden Anteil an den Erträgen zu sichern. Hier liegen noch Wege für die Zukunft offen.“ Gestützt auf diese wichtigen Programmforderungen haben dann mehr und mehr von prominentesten Führern der Arbeiterbewegung auf bedeutenden Tagungen diese Fragen behandelt, sodaß auch von dieser Seite starke Förderung erwartet werden kann.

Besondere Beachtung verdient dann noch, was neuerdings der Verband der R. A. B. auf seiner diesjährigen 46. Generalversammlung in Frankfurt/Oder in der Entscheidung zur Arbeitsgemeinschaft zu sagen hat. „Das Problem des Mitbestimmens muß aus der theoretischen Erörterung herausgehoben und der Verwirklichung näher gebracht werden. Diese Stellungnahme interessiert umso mehr, als bekanntlich der Verband R. A. B. eine paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzte Organisation darstellt. Angesichts der Mitwirkung der Arbeitgeber wird man besonders gespannt sein dürfen, was nun hier zur praktischen Verwirklichung getan bzw. empfohlen wird.“

All diese Feststellungen lassen erkennen, wie sehr stark das Problem des Mitbestimmens verfolgt und wie um ausreichende Verwirklichung gerungen wird. Die stärksten Triebkräfte aber müssen in der Gewerkschaftsbewegung gesucht und aufgebracht werden. Sie sind die wirtschaftliche Interessensvertretung. Schon die bisherigen Erwerbschaften mahnen zu weiterer entscheidender Betätigung. Neben den bisherigen Wegen müssen aber auch alle sonstigen Mittel erschöpft werden. Es wird kein Zweifel darüber bestehen, daß das Maß des Mitbestimmens abhängig sein wird, von den finanziellen Mitteln, welche für diese Zwecke bereitgehalten werden können. Die Kapitalkräfte werden entscheiden. Und so gewinnt auch die als Treuhänder für die Arbeiterkapitalien der christlichen Gewerkschaftsbewegung ins Leben gerufene Deutsche Sozialbank besonderes Interesse. Neben der Rückbildung der Organisationsgelder und der Vermögensbestände ist ihr die Erfassung der Spargroßen der christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten übertragen. Die organisierte Spar-

## Die Selbstverwaltung unseres Körpers.

(Vortrag, gehalten auf der Essener Med. Woche.)

Von Dr. Karl Thomas, Professor der physiologischen Chemie an der Universität Leipzig.

Dieser Titel habe ich für den heutigen Vortrag gewählt, um damit zum Voraus zwei Gedanken anzudeuten:

Der Selbstverwaltung steht eine andere Verwaltung, eine von oben geleitete Verwaltung, gegenüber: die Verwaltung durch die Obrigkeit. Die beiden ergänzen sich und haben ihre Bezirke gegeneinander abgetrennt, um ein Gegeneinanderregieren zu vermeiden. Dies setzt gegenseitig ein freiwilliges Einverständnis in diese Ordnung voraus.

Und weiterhin, es muß dafür gesorgt sein, daß die Störung oder der Funktionsfall einer Verwaltungsstelle nicht auf die ganze Verwaltung übergreift. Es muß dann von selbst, also automatisch eine andere Stelle eingreifen und das Kommando übernehmen. Zur Selbstverwaltung gehört die Selbsthilfe. Sie haben ja in den vorhergehenden Vorträgen gehört, in welcher wunderbarer Weise sich der menschliche Körper diese Selbsthilfe verschafft, wenn er sich der Krankheiten zu erwehren hat.

Heute möchte ich Ihnen die Verwaltung unseres Körpers in gesunden Tagen schildern und Ihnen zeigen, wie sie nach den gleichen Grundgesetzen erfolgt, die wir auch bei der Ordnung unseres öffentlichen Lebens angewendet

finden. Der Vergleich liegt nahe und ist nicht neu. Doch hoffe ich trotzdem, Ihnen manches Neue sagen zu können.

### Der Befehlsbereich des Nervensystems.

Mit unserem Nervensystem vergleiche ich die Behörden, den ganzen Apparat der staatlichen Beamten des Reiches und der Länder, eingeschlossen die Beamten der Organe der Selbstverwaltung, der Provinzen, Kreise und Kommunen.

Beide Verwaltungszweige besitzen Zentralstellen, die Befehle ausgeben. Die Befehle werden auf genau festgelegten Bahnen, dem Instanzenweg, den Nerven, weitergeleitet. Wichtige Befehle gehen von den Behörden aus, die an die Spitze der Verwaltung gestellt sind, aber diese können sich nicht um alles selbst kümmern. Sie geben oft nur die Anregung oder Richtlinien. Andere Instanzen arbeiten unter eigener Verantwortung die Befehle im einzelnen aus und leiten sie dann auf die richtigen Bahnen über.

Auch die obersten Stellen unseres Großhirns, wo die Gedanken verarbeitet werden und der Wille herrscht, kümmern sich nicht um die Einzelheiten in der Ausführung. Dafür sind andere untergeordnete Zentralstellen, Nervenzentren in den tiefer gelegenen, dem Rückenmark näher liegenden Hirnabschnitten, zuständig.

Zuletzt trifft der Befehl bei der ausführenden Behörde, dem Erfolgsorgan, ein.

Wir besitzen im Staat verschiedene voneinander getrennte Verwaltungsapparate, die Beamten des Staates und diejenigen der Selbstverwaltungsorgane. Auch in unserem Körper besitzen wir zwei Nervensysteme.

Das eine geht vom obersten Teil des Gehirns, der Hirnrinde, aus und ist unserem Willen unterworfen. Es vermittelt uns die „Reize“, d. h. Sinneseindrücke, die wir von der Außenwelt empfangen, arbeitet sie in Empfangnahmen um, leitet Befehle vom Hirn zu unseren Muskeln, ermöglicht also die willkürlichen Bewegungen und Handlungen.

Das andere Nervensystem funktioniert selbstständig, ohne daß unser Wille etwas davon weiß. Seine Fasern versorgen unsere inneren Organe, Lungen und Herz, Darm und Verdauungsdrüsen, die Nieren usw. Jedes Organ bekommt zwei Arten von Nervenfaser, die einen erregen, fördern seine Tätigkeit, die andern hemmen sie. Beide zusammen, in wechselnder Stärke erregt, bestimmen die Ganggeschwindigkeit der Maschine, regulieren also die Tätigkeit des Organs. Wir merken von dieser Arbeitsleistung nichts. Unsere Aufmerksamkeit wird durch sie nicht in Anspruch genommen, unser Großhirn ist entlastet.

Wenn ich das erstgenannte Nervensystem mit unserem staatlichen Behördenapparat vergleiche darf, so würde das zweitgenannte den nichtstaatlichen Behörden der Provinzen, Kreise und Kommunalverwaltungen entsprechen. Vielleicht dürfen wir den Vergleich noch weiter durchführen und die hemmenden Fasern den jeweiligen Kasernenverwaltungen gleichsetzen, die auch stets bremsen und dafür sorgen, daß die anderen nicht jubelnd Geld ausgeben.

### Das Blut als Überträger von Reizstoffen.

Die Nervenleitung allein genügt nicht, um alle Erscheinungen zu begreifen. Es kann nicht jeder Bürger seine eigenen Befehle vom

traft aber soll mit darauf eingestellt werden, das Hineinwachsen der Arbeitnehmer in die Wirtschaft zu erreichen. Die Förderung der Sparsamkeit bei der Deutschen Volksbank wird also wesentlich zur Bewältigung des Mitbesitzproblems beitragen können. Nachdrücklich muß dann immer wieder der Beschluß des Dortmunder Gewerkschaftskongresses in den Vordergrund gestellt werden, durch Stärkung und gute Organisation der Sparskraft sowie durch systematische Verwendung des Sparkapitals dem Ziele der gleichberechtigten Mitwirkung in Betrieb und Wirtschaft zuzustreben.

### Die Zentralisation der Genossenschafts-Gütervermittlung.

In der Genossenschaftsbewegung aller Länder hat die Frage des gemeinsamen Einkaufs seit jeher eine große Rolle gespielt. Wenn sich einerseits die Verbraucher zusammenschließen, um Vorteile in der Beschaffung der Bedarfsgüter zu erzielen, dann war es ganz folgerichtig, daß auch die Genossenschaften wieder eine Spitze bildeten, in der durch Zusammenlegung der Einkaufsmenge günstige Preise und Bedingungen erreicht werden konnten.

Wenn in diesem Aufsatz von dem Konjunktionsgenossenschaftlichen Großverkauf innerhalb des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e.V. Köln die Rede sein soll, dann dürfte es zu Vergleichszwecken immerhin nützlich sein, zunächst den Blick nach dem Umland der Konjunktionsgenossenschaftsbewegung, nach England, zu richten. Die redlichen Pioniere von Rochdale, die über 80 Jahre die Grundlage für die neue genossenschaftliche Wirtschaftsform gaben, haben vielleicht trotz ihres großen Idealismus nicht geahnt, was aus ihren damals doch immerhin bestehenden idealen Gedanken geworden ist. Die englische Großverkaufsgesellschaft G. W. J. hatte im Jahre 1925 einen Umsatz von 1 440 000 000.— Reichsmark. In ihrem Wirkungskreis gehören 109 Fabriken, 23 Landgüter, 11 Molkereien, 1 Schlachthaus. Sie besitzt in den Tropenländern 17 Lerpflanzungen und außerdem in Kanada ein Areal von 10 000 Hektar für Weizenanbau. Die englischen Konsumgenossen-

schaften beschäftigten in ihren gesamten Betrieben 200 000 Personen. Das sind ganz gewaltige Zahlen, die beweisen, was auf dem Gebiete der genossenschaftlichen Selbsthilfe in zielbewußter Arbeit alles zu erreichen ist.

In Deutschland geht die Zentralisation des Konjunktionsgenossenschaftlichen Großverkaufes bis in die 90er Jahre zurück. Damals wurde aus den Genossenschaften des Hamburger Zentralverbandes die Großverkaufsgesellschaft gegründet. Als sich im Westen die christlichen Gewerkschafts-Konsumvereine bildeten, trat ganz naturgemäß auch hier der Gedanke einer Warenzentrale in den Vordergrund. Im Jahre 1901 gründete man die Zentral-Einkaufsgenossenschaft der christlichen Gewerkschafts-Konsumvereine mit dem Sitz in M. Gladbach. Diese Zentrale hatte nur kurzen Bestand und ging nach 3 Jahren schon wieder ein. Als nun eine Konferenz westdeutscher Konsumvereine im Jahre 1905 in Neuß die Gründung eines Revisionsverbandes beschloß, trat auch hier wieder die Zentralisation des Wareneinkaufes in den Vordergrund. Die westdeutschen, damals in Neuß zusammengetretenen Konsumvereine, schlossen sich dem Verband rheinpreussischer landwirtschaftlicher Genossenschaften in Bonn an, der für die Bildung der Genossenschafts-Gruppe seiner Bezugs-Kommission eine Lebensmittel-Abteilung angliederte. Diese hatte im Jahre 1906 einen Umsatz von Mk. 186.561.—, der sich bis 1911 auf Mk. 2 642 113.— erhöhte. Im Jahre 1908 erfolgte die Gründung des Verbandes westdeutscher Konsumvereine, aus dem im Jahre 1912 der Reichsverband deutscher Konsumvereine entstand. In dem gleichen Jahre schloßen die Genossenschaften des Reichsverbandes in Düsseldorf den Beschluß, eine eigene Zentrale zu gründen. Diesem Verlangen wurde stattgegeben. Die Lebensmittel-Abteilung der Bonner Bezugs-Kommission wurde als Grundlage für die neue Zentrale der Konsumvereine des Reichsverbandes benutzt. 1913 hatte die Großverkaufszentrale deutscher Konsumvereine G. m. b. H., wie sich das neue Institut nannte, einen Umsatz von 9 1/2 Mill. Mark. 1914 war dieser Umsatz auf 11 1/2 Millionen gestiegen. Auch das neue Unternehmen erlitt, wie alle Wirtschaftsformen überhaupt, durch den Krieg nicht unbedeutende Rückschläge. Man kann sagen, daß die große Entwicklung erst im Jahre 1920 einsetzte und

zu den Erfolgen führte, die nunmehr im einzelnen besprochen werden sollen.

Der Umsatz betrug nach der Stabilisierung im Jahre 1924 = 24 Millionen, im Jahre 1925 = 31 Millionen und im Jahre 1926, 1. Januar bis 30. September = 30 1/2 Millionen. Die Zentrale hat sich im Jahre 1923 in eine Aktien-Gesellschaft unter der Firma „Gepag“ Großverkaufsgesellschaft und Produktions-Aktien-Gesellschaft deutscher Konsumvereine umgewandelt. Sie wollte dadurch die Möglichkeit einer größeren Basis für ihr Unternehmen finden. Die „Gepag“ versorgt die ihr folgenden Genossenschaften mit Lebensmitteln und Bedarfsgütern aller Art, soweit sie in den Konsumvereinen geführt werden. Sie bringt ihre Angebote den Genossenschaften genau in derselben Form nahe, wie das in einem privaten Geschäft auch geschieht. Preislisten in regelmäßigen Abständen orientieren die Genossenschaften über den Warenmarkt. Zweigniederlassungen und Läger in Berlin, Leipzig, Nürnberg und Hamm vermitteln den Verkehr mit den verschiedenen Bezirken. Die Zentrale in Köln wiederum faßt die Wünsche aller deutschen Genossenschaften des Reichsverbandes zusammen und versorgt von Köln a. S., aus ihren dort befindlichen Eigenproduktions-Stätten, der Kaffee-Großrösterei und der Druckerei, die einzelnen Vereine im Lande. In ganz regelmäßigen Abständen finden sowohl in Köln, als auch im übrigen Deutschland Einkaufskonferenzen statt, die in bürnenähnlicher Form die Angebote der „Gepag“ den Genossenschaften bekanntgeben und Aufträge entgegennehmen. Der ganze Warenkomplex, soweit er von der „Gepag“ bearbeitet wird, ist in 8 große Warenabteilungen eingeteilt. Jeder Warenabteilung steht ein Sachmann vor, der die Artikel seiner Abteilung genauestens beobachtet, den in- und ausländischen Markt und alle mit den Waren zusammenhängenden Dinge sorgfältig verfolgt und auf Grund dessen seine objektiven Berichte den Genossenschaften zugänglich machen kann. Gerade durch die in der „Gepag“ tätigen Sachleute ist die Bedeutung dieses Unternehmens und somit auch der ganzen Genossenschaftsbewegung des Reichsverbandes im In- und Ausland ganz außerordentlich gewachsen. Die „Gepag“ muß, wenn sie die entsprechenden Vorteile für ihre Genossenschaften herausholen will, nach außen mit einwandfreierster Sach- und Sachgemäher

Minister bekommen, die Behörde erläßt all-gemeingültige Verordnungen an alle. Wirklich an alle? Nein. Nur an alle, die es angeht. Ebenso verfügt auch der Körper noch über einen weiteren Weg, auf dem er die Tätigkeit seiner Organe droffeln oder verstärken kann. Der Weg ist Blutbahn. Die Erregung wird ausgelöst durch chemisch wirksame Substanzen, auf ihre Bildung hat das Zentralnervensystem nur mittelbar Einfluß.

Alle Zellen verarbeiten ihre eigene Substanz oder die ihnen zugeführten mehr oder minder weit schon im Darm umgearbeiteten Nährstoffe und verbrennen sie. Aber nicht explosionsartig auf einmal. Es findet im Gegenteil nur ein langsamer Abbau statt, kufenweise und je nach Bedarf. Der Weg führt über ganz bestimmte im einzelnen, an verschiedenen Stellen verschiedene Zwischenstufen. Diese sowohl wie das letzte Endprodukt der Verbrennung, die Kohlenäure, wirken wieder als chemischer Reiz an anderen Stellen.

Für einzelne Organe scheint es ihre einzige Aufgabe zu sein, solche Substanzen zu bilden. Wir nennen sie Drüsen mit innerer Sekretion, denn der abgegebene Stoff wird nach innen ins Blut oder in den Saft abgegeben, der die Lücken im Zellengewebe füllt, und nicht, wie z. B. der Speichel, durch einen Kanal nach außen abgeleitet, der jenen Organen eben fehlt. Mit ihnen wollen wir uns heute besonders beschäftigen.

Bei anderen Organen und anderen Stofflichen Umsetzungen fallen Produkte an, die gewissermaßen nur noch im Nebenamt Erregungen auslösen. So dient die Salzsäure

dem Magen saft in erster Linie zur Desinfektion der Nahrung und zur Verdauung. Erst wenn sie mit dem Speisebrei in den Darm hinübergelassen wird, kommt sie zu ihrer zweiten nebenamtlichen Aufgabe, indem sie die zu ihrer zweiten nebenamtlichen Aufgabe, indem sie die die dortigen Verdauungsdrüsen erregt.

Und überall entsteht die Kohlenäure, sie darf sich nicht anhäufen, sie muß sofort ausgeatmet werden, sonst würden wir ersticken. Sie ist also eine nutzlose Schlacke wie die Verbrennungsgase im Ofen. Und doch! Auch sie versteht die Natur noch ihren Zwecken dienlich zu machen. Sie entsteht im Gewebe, in allen Zellen aller Organe; von dort gelangt sie in das zum Herzen und zur Lunge rückfließende Blut, und auf diesem ihrem Wege zur Lunge verrichtet sie noch im Blut ganz wichtige Funktionen, die wir erst in neuerer Zeit erkannt haben, auf die wir nachher noch zu sprechen kommen werden. Gerade dieses Beispiel zeigt uns, wie ökonomisch die Natur arbeitet; nichts wird vergeudet, alle Eigenschaften der verwendeten Stoffe werden ausgenutzt.

Auf dem Blutwege stehen also die Organe in enger Wechselbeziehung zueinander. Auch hier muß das gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis, ebenso wie die Empfindlichkeit auf Reize, geregelt sein, damit die Ordnung im ganzen Betriebe nicht leidet. Hier haben wir also eine neue Art von Verwaltung vor uns, die sich ebenfalls abspielt, ohne uns bewußt zu werden. Also auch eine Art Selbstverwaltung, aber ohne den behördlichen Apparat der Nervensysteme. Haben wir im Staate etwas Ähnliches? Ja. Und an dem Vergleich werden

Sie vielleicht wieder am besten die Bedeutung dieser Art von Selbstverwaltung erkennen.

Sie wissen: Alle Bedürfnisse eines Volkes lassen sich von oben nicht regeln. Wer sagt dem Bäcker wann und wieviel Mehl er einkaufen, wie er es verarbeitet muß, wann er die frischen Brötchen, wann er das Roggenbrot feilhalten soll? Niemand. Und doch tut er es, weil er anders zugrunde gehen würde. Was vom Bäcker gesagt ist, gilt für alle anderen Berufsschichten der Bevölkerung. Sie verwalten sich selbst, gegenfeitig, wechselseitig. Wir sehen dabei die Berufsverbände entstehen, die Konzerngründungen; die Arbeitnehmer regeln ihre Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen, die Arbeitgeber begrenzen gegenfeitig ihre Produktion und den Absatz. Stadt und Land, Verbraucher und Produzent stellen sich mehr oder weniger friedlich, schließlich aufeinander ein. Die staatliche Macht hält sich zurück.

Welche Vorteile bietet eine derartige Selbstverwaltung ohne oder fast ohne Eingreifen des behördlichen Apparates? Einmal wirkt sie auf die Masse in einem Umfang, wie jener es gar nicht könnte, und dann ist sie elastisch. Sie paßt sich rasch der wechselnden Marktlage an.

Auch die Reize, die auf dem Blutwege weitergeleitet werden, wirken auf die Masse der Zellen und dadurch schon rasch und ausgiebig. Es kommt hinzu, daß diese Stoffe, die die Erregung auslösen, sehr empfindlich sind und vielfach nur eine ganz kurze Lebenszeit besitzen. Die Erregung klingt also rasch wieder ab. Reizstoff und Erfolgsorgan werden aufeinander abgestimmt, ähnlich wie Sender und

Laufmännischer Art operieren. Die auf diese Art erreichten Erfolge werden dann den Genossenschaften in der Form zur Verfügung gestellt, daß man hier wohl nach laufmännischen Grundsätzen verfährt, aber die genossenschaftliche Anschauung nicht außer Acht läßt.

Die „Gepag“ bzw. ihre Vorgängerin, die Großeinlaufszentrale, hat von Bonn kommend zunächst ihren Sitz in Köln-Mülheim aufgeschlagen. Von da zog sie im Jahre 1920 nach Düsseldorf-Reisholz. In Düsseldorf-Reisholz konnte sie in besonderem Maße unter den damals fürchtbaren Verhältnissen der Ruhrbesetzung riesengroße Vorteile den Genossenschaften bewilligen. Die Waren kamen einwandfrei über Köln in das besetzte Gebiet herein und gelangten auch, da die Eisenbahn bis Düsseldorf-Reisholz in Takt war, bis zur „Gepag“. Von hier konnten die Genossenschaften, insbesondere des Industrie-Bezirks, die Waren mit Lastautos abholen. Somit hat die „Gepag“ in den damals recht schwierigen Verhältnissen der Ruhrbesetzung auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung für die Bevölkerung des besetzten Gebietes außergewöhnliches leisten können.

Von den Produktions-Stätten, der Kaffee-Großrösterei und der Druderei in Köln, ist schon die Rede gewesen. Außerdem gehören zur „Gepag“ eine in allermodernster Art aufgebaute Fleischwarenfabrik in Berl, eine Seifenfabrik und eine Zigarrenfabrik, letztere in Kaldenkirchen. Diese Produktions-Stätten haben unter dem Gesichtspunkte, daß die Eigenproduktion das erstrebenswerte Endziel aller Konsumgenossenschaftlichen Bedeutung sein muß, bis jetzt gute Erfolge erzielt. Es werden auf dem Gebiete der Eigenproduktion seitens der „Gepag“ und der angeschlossenen Genossenschaften noch recht viele Aufgaben zu erfüllen sein. Das was bis jetzt erreicht ist, berechtigt zu den schönsten Hoffnungen und gibt die Gewähr, daß auch auf diesem notwendigen Gebiete die Genossenschaftsbewegung vorwärts kommen wird.

Die Genossenschaftsbewegung steht seit jeher in einem schweren Kampfe gegen Kartelle, Trusts, Syndikate und die damit verbundenen Markenartikel. Sie bekämpft die Markenartikel, die unter Anwendung einer riesenhaften suggestiven Reklame, jeden Verkaufspreis möglich machen und somit irgend einen Ein-

fluß auf die Preisgestaltung ausschließen. Es bezieht Gegenwärtig hat die „Gepag“ eigene genossenschaftliche Markenartikel eingeführt. Es handelt sich um Waren, die zu einem beträchtlichen Teil genossenschaftlich hergestellt, unter dem allgemeinen Warenzeichen der „Gepag“, der Flagge, herauskommen und unantastbare erstklassige Qualität mit niedrigen Preisen verbinden. Die Verbraucherenschaft hat sich an diese genossenschaftlichen „Gepag“-Waren außerordentlich schnell gewöhnt und dazu beigetragen, daß der Verbrauch sich ganz außerordentlich heben konnte. Im Jahre 1924 konnten 4 1/2 Millionen Pakete „Gepag“-Waren der verschiedensten Sorten abgesetzt werden. Im Jahre 1925 stieg diese Zahl auf 17 Millionen. Das Jahr 1926 dürfte in demselben Abstand eine Umsatzergrößerung herbeiführen.

Die „Gepag“, die im Jahre 1913 einen Mitarbeiterstab von 26 Personen hatte, beschäftigt jetzt in ihren gesamten Betrieben 425 Angestellte und Arbeiter. Je größer die Ausdehnung der Produktionsstätten sich in der nächsten Zeit ermöglichen läßt, je größer wird auch die Zahl der beschäftigten Personen werden.

Die Zentralisation der Konsumgenossenschaftlichen Gütervermittlung hat auch, wie die Darlegungen beweisen konnten, im Rahmen des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine große Erfolge erzielt. Durch die Genossenschaftsbewegung überhaupt geht ein Zug des gemeinsamen Vollens. Die Hunderttausende von Mitgliedern der einzelnen Genossenschaften, die ihren erteilten Verein durch Wareneinkauf, Gelbbeschaffung und lebhaftes Interesse fördern und stützen, helfen mit, daß dadurch auch die Genossenschaft stark und groß werden kann, damit auf dem Gebiete der Zentralisation des Wareneinkaufs und der Genossenschaftsgüterzeugung die von den Führern der Bewegung vorgezeichneten Wege beschritten werden können. Jeder Verbraucher, ganz gleich wo er steht, hat die Pflicht diese Bewegung zu unterstützen. Er hilft damit nicht allein seinen eigenen Lebensunterhalt zu verbessern, sondern er dient der ganzen Genossenschaftsbewegung und damit auch unserem ganzen deutschen Volke. Fritz Klein.

## Technik - Haushalt - Konsumgenossenschaften.

Etwas für unsere Frauen!

Die Technik feiert Triumphe. Sie schreitet unentwegt weiter trotz Wirtschaftskrise und mancherlei unnützer Fiumacherei. Wir haben allen Anlaß uns dessen zu freuen, wenn uns auch auf der anderen Seite die Schatten bedrücken: Tausende Arbeitshände sind zum Ruhen verurteilt, tausende Hirne sinnlos aus der Not der Arbeitslosigkeit herauszukommen. Gewiß, es fehlt an Mitteln die Wirtschaft wieder flott zu machen, es fehlt noch mehr an Möglichkeiten, schnelle Umstellungen in einzelnen Arbeitsgebieten vorzunehmen. Und noch etwas kommt hinzu: die Maschine ersetzt mehr und mehr die menschliche Kraft — immer neue Vereinfachungen und Erfindungen schalten immer mehr den Menschen aus. Was früher vielleicht in harter Tagesarbeit geleistet wurde, geschieht heute durch einen Hebeldruck der Maschine. Wir können und wollen die Technisierung und Rationalisierung (Verbesserung der Arbeitsmethoden) nicht aufhalten. Sie gehören heute in das Programm und in die Gedankenkreise all derer, die sich mit Wirtschaftsfragen beschäftigen. Nicht genug damit: die Technik greift über auf alle Gebiete; sie spielt nicht nur in der Volkswirtschaft eine große Rolle — auch schon in der Hauswirtschaft.

Wir Frauen haben uns allzu wenig mit den Fragen der Technik auseinandergesetzt, trotzdem wir einen großen Teil der Arbeitskräfte in der Volkswirtschaft, mehr noch in der Hauswirtschaft stellen. Wir wissen, Fraueninteressen sind anderer Art, Frauen sind nicht meist nach anderen Dingen.

so und muß sein. Aber auch hier stehen Fraueninteressen am Wege. Wir haben es nur nicht richtig erkannt, vielen Dingen nicht die Bedeutung beigemessen, die ihnen zukommt. Um nur einiges anzuführen: Das elektrische Licht, mit all'm was es im Gefolge hat: Kochherde und Bügeleisen, Staubsauger und Töpfe und vieles mehr. Brauchen wir es nicht gedankenlos: einmal der Bequemlichkeit, ein anderes Mal der Billigkeit halber? Denken wir an die Vereinfachung, die es der Hausfrau gebracht hat: Das Reinigen der Petroleumlampe hörte auf; — wo früher das Herdfeuer angemacht werden mußte, tut's heute schnell der elektrische Kocher oder Gasherd. Das sind doch große Umwälzungen für den Haushalt, für die Arbeit der Hausfrau. Wir brauchen nur noch hinzuweisen auf so viele Vereinfachungen: statt des Reibensens — die Reibmühle; statt des Holzeneisens, das elektrische Bügeleisen u. a. m.

All diese Dinge wachsen täglich in neuen Formen hinein. Man braucht nur einige Wochen einmal nicht in die Stadt, an den Schaufenstern vorbeigegangen zu sein und man entdeckt immer wieder neue Dinge, die die Arbeit der Hausfrau erleichtern sollen, ihr manches abnehmen, das sie früher mühselig geschafft getan und für das sie heute einfache Mittel hat, die ihr Ersparnis an Arbeit und Geld bedeuten. Gewiß, die wirtschaftlich schlechte Lage gestattet es den meisten Frauen nicht, immer wieder mit den Neuanschaffungen das Alte zu verdrängen und das bis jetzt Gebrauchte einfach beiseite zu schieben; es bleibt gewissermaßen nur einem kleinen Kreis vorbehalten, ihren Haushalt technisch auf das Neueste einzurichten. Die Hausfrau würde vielleicht manches gerne kaufen, aber sie empfindet die wirtschaftliche Lage noch schwerer als der Mann, weil sie mit dem heute meist so großen Einkommen den Haushalt führen muß. Bei andern hilft die Vereinfachung der Haushaltsführung mit technischen Mitteln auf große Schwierigkeiten, weil die Hausfrau vom guten alten Schlag sich meist an die gewohnten Arbeiten hält und Neuerungen gar nicht oder wenig beachtet. Und noch etwas: die junge Generation weiß im allgemeinen noch viel weniger von hauswirtschaftlichen Dingen. Wir müssen auch das einmal feststellen: unsere Mädchenwelt hat zu wenig hauswirtschaftliche Kenntnisse. Manche vertehen es so, daß das Mädchen einfach eine natürliche Eignung und auch demzufolge eine genügende Kenntnis für den Haushalt besäße. Dem ist nicht so. Die Hauswirtschaft muß genau so gelehrt werden wie jeder andere Beruf. Wir haben uns das alles etwas leicht gemacht. Und weil es so ist, darum müssen wir auch ein gewisses Verlagen der Frau als Konsumentin feststellen. Weite Kreise unserer Frauen verwirtschaften das so gering gewordene Volkseinkommen in geradezu leichtsinniger Weise. Woher kommt das? Weil wir alle, Männer und Frauen, viel zu wenig Kenntnisse haben von der Bedeutung der Hauswirtschaft im Rahmen der ganzen Wirtschaft eines Volkes, von der Bedeutung der Hausfrau als Konsumentin — als Käuferin. Es ist an der Zeit, nun endlich einmal etwas mehr über die Stellung der Hausfrau zur Volkswirtschaft zu sagen, höchste Zeit, daß wir Frauen uns selbst damit beschäftigen. Gewiß, wir haben Hausfrauenvereine etc., die das tun konnten und auch wohl tun, auch sonstige Frauennorganisationen mühten sich noch stärker mit solchen Fragen besetzen. Die Konsumgenossenschaften, die sich in den letzten Jahren sehr stark mit Fragen, die die Hausfrau angehen, beschäftigten, haben aber ein ganz besonderes Interesse daran, daß Fragen, die die Hausfrau als Konsumentin und Produzentin angehen, stärker in die öffentliche Diskussion und in die innere Arbeit der Konsumgenossenschaften hineingebracht werden. Gerade die Verbraucherorganisationen können und wollen es der Frau klar machen, was eine planmäßige Wirtschaft für den Einzelhaushalt bedeutet, daß nicht nur die gute Wirtschaftsführung der Grund für eine wirtschaftliche Besserung abgibt, sondern daß gerade der Gedanke der

Fortsetzung folgt.

zweckmäßigen, planvollen Einkaufs nicht nur eine Stütze für den Einzelhaushalt, sondern darüber weit hinaus eine Angelegenheit des ganzen Volkes mit seiner Wirtschaft ist.

Und das wollen sie der Hausfrau heute noch einmal sagen: der Anschluß an eine Konsumgenossenschaft ist heute notwendiger denn je. Er bedeutet zunächst eine Stärkung der Genossenschaftsbewegung. Eine starke Genossenschaftsbewegung ermöglicht es ihr, für den einzelnen Verbraucher billige und gute Lebensmittel und Bedarfsartikel abzugeben. Die Ersparnis gibt der Einzelsam. die Aussicht, die Haushaltsführung zu verbessern, sei es durch bessere Lebenshaltung, sei es durch Anschaffung nützlicher Gegenstände, die der Hausfrau die Arbeit erleichtern. Darüber hinaus hat die Frau aber auch größeren Einfluß als Konsumentin.

Sie muß ihn wünschen und erstreben, um auch in Fragen der Wirtschaft mitarbeiten zu können. Gerade hier eröffnen sich für die Frauen Gebiete, die recht mütterlich von ihr bis jetzt behandelt wurden. Sie kann durch ihren Einkauf den Verbrauch von Artikeln bestimmen — was sie kauft soll zweckmäßig, gut und preiswert sein; was sie ablehnt, soll nicht unnötig fabriziert werden. Sie kann in den Verbraucherorganisationen auf eine Schulung in Fragen des Verbrauchs und der Produktion drängen — selbst zu diesem Zweck mit Hand anlegen. „Im Einkaufsbereich der Hausfrau liegt eine wirtschaftliche Großmacht“. Frauen, überlegt den Inhalt dieses Satzes. Der Wille der vereinigten Hausfrauen als Einkäuferinnen, als Mitglieder der Konsumgenossenschaften könnte in kürzester Zeit geradezu Umwälzungen auf den verschiedensten Warengebieten hervorrufen. Und wie leicht wäre diese Macht auszunutzen?

In den Genossenschaften macht sich ja mehr und mehr der Wille bemerkbar, die Frauen zur Mitarbeit heranzuziehen. In einer Verbraucherorganisation bedeutet diese Aussicht sehr viel. Wir Frauen sollten diese Gelegenheit ergreifen und durch starke Anteilnahme am Leben der Konsumvereine dafür sorgen, daß gerade sie zu einem Instrument der Selbsthilfe, aber auch zu einer starken Stütze der Frauen in allen Fragen der Hauswirtschaft werden.

C. H.

## Wirtschaft und Wohlfahrt.

Den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Wohlfahrt hat die Nachkriegszeit eindringlich offenbart. Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse hat die früher verhältnismäßig bescheidenen Aufgaben und Anforderungen der sozialen Verwaltung außerordentlich gesteigert und hat vor allem den Fürsorgeaufwand um viele hundert Prozent anwachsen lassen.

Könnte die Wirtschaft, trotz mannigfacher Behauptung des Gegenteils, vor dem Kriege die Last der sozialen Verwaltung fast mühelos tragen, so fühlt sie sich heute durch die sozialen Abgaben und durch die zur Deckung des Fürsorgeaufwandes erforderlichen Steuern schwer bedrückt und verlangt im Parlament, wie in zahlreichen Denkschriften, mögliche Einschränkung der sozialen Aufwendungen. Dieses Verlangen muß von der Fürsorge als berechtigt anerkannt werden. Die Lage der Wirtschaft ist demnach schwierig, daß ihre Entlastung auf allen irgendwie erfolgversprechenden Wegen versucht werden muß.

Die Fürsorge hat auch selbst ein großes Interesse daran, Hemmnisse zur Überwindung der Wirtschaftskrise zu beseitigen und dadurch den wirtschaftlichen Wiederaufstieg zu erleichtern. Sicherlich ist die Einschränkung des Fürsorgeaufwandes hierfür nicht das einzige und keineswegs das wichtigste Mittel; gleichwohl muß auf eine Einschränkung ernstlich Bedacht genommen werden. Wird doch auch dann noch, angesichts der ungeheuren wirtschaftlichen Bedürfnisse weiter Volkstreue, auch der Bindungen durch die Gesetzgebung des Reiches, eine umfangreiche Verwaltungsarbeit und ein bedeutender Auf-

wand an Fürsorgemitteln notwendig bleiben. Das Interesse der Wirtschaft beschränkt sich aber keineswegs auf die mögliche Einschränkung der Kosten der sozialen Verwaltung.

Die Wirtschaft hat geradezu ein lebhaftes Interesse daran, daß die Leistungsfähigkeit der Fürsorge erhalten bleibt und sie ihren Aufgaben gerecht werden kann. Denn im Gegensatz zu früher sind bei der heutigen Wirtschaftslage auch Millionen Arbeitsfähiger auf öffentliche Hilfe angewiesen; ihnen die Arbeitskraft zu erhalten und ihren Arbeitswillen vor der Erschlaffung zu bewahren, ist wichtigste Aufgabe der Fürsorge, die sie aufs engste mit der Wirtschaft verbindet. Hier zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit, wie eng heute Wirtschaft und Wohlfahrt aufeinander angewiesen sind, wie die Wirtschaft nicht nur der Lastenträger, sondern weitgehend auch der Nutznießer der Fürsorgearbeit ist und alles Interesse daran hat, daß die Einschränkung der sozialen Verwaltung nicht zu einer Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit führt.

Wirtschaft und Wohlfahrt sind heute mehr denn je auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Daher müssen beide einander verstehen, müssen sich auf die wechselseitigen Interessen und Anforderungen einstellen und mit vereinten Kräften um die Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Nöte bemüht sein.

Dr. L.

(Wohlfahrtspflege der Rheinprovinz.)

## Die Jugendarbeit in unserem Verbands.

Gewerkschaftsbewegung ist Wissensausdruck des Arbeiterstandes zur Aufwärtsentwicklung. Gewerkschaftsbewegung ist geboren aus Not, Elend, Entrechtung. Die uralte Lehre und Erfahrung von der im Zusammenschluß liegenden Kraft wurde wieder ins Bewußtsein der einzeln gedrückten Menschen gehämmert. Sie fanden sich zusammen, sprachen über ihre Lage, suchten Gleichgesinnte. Die wenige Freizeit wurde der Organisation gewidmet, der Gedanke zündete, die Bewegung wuchs. Sie wuchs trotz des Kampfes der Kapitalisten, Unternehmer und feindlicher Behörden, sie wuchs trotz Brotlosigkeit der Führer, trotz Gefängnisstrafen, — unaufhaltsam. „Wir fordern unser Recht, wir sind Menschen wie ihr, nicht eure Sklaven, wir wollen leben, wie Menschen leben, unsere Kinder verlangen nach Licht und Sonne, wir wollen mitbestimmen über unser und unserer Kinder Schicksal in Staat und Wirtschaft“.

In den christlichen Gewerkschaften haben wir uns zusammengeschlossen. Vieles ist besser geworden durch unsere machtvolle bestehenden Verbände. Ist das Ziel erreicht, unser letztes Ziel, Anwendung christlicher Grundätze im Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsleben? Scheint es nicht, als ob das Gegenteil der Fall wäre?

Rationalisierung, Vertristung, hohe Dividenden, Luxus auf der einen, Massenarbeitslosigkeit und Wohnungselend auf der anderen Seite. Dürfen wir die Hände in den Schoß legen und uns der bisherigen Erfolge sicher wähnen? Dürfen wir sagen: für unser Leben genügt es, nach uns die Sündflut? Nein und abermals nein. Ist doch der Wunsch jedes Vaters: „Meine Kinder sollen es einmal besser haben als ich.“

Ziehen wir die entsprechenden Folgerungen. Wir wollen unsere ganze Kraft für die Bewegung einsetzen. Dann aber auch, um für die Zukunft die Errungenschaften der Organisation zu halten und weitere zu erringen, müssen wir die Jugend den christlichen Gewerkschaften zuführen. Für uns ist die Organisation nicht Selbstzweck, wenn sie ihren Zweck, eben unser letztes Ziel erreicht hat, mag sie verschwinden. Weil wir die Organisation noch für lange Zeit unbedingt notwendig haben, muß sie der Jugend erhalten bleiben. Darum ist unser Bemühen um die Jugend nicht selbstzweckig, sondern getragen

von dem Willen, der Jugend jetzt und für die Zukunft zu helfen. Was in jahrelanger, mühseliger Arbeit aufgebaut wurde, darf nicht zerfallen. Wir haben der Jugend die größten Steine aus dem Wege geräumt, wir haben uns Luft und Bewegungsfreiheit verschafft, und die Jugend soll weiterbauen. Daran wollen wir uns einstellen und sie für uns zu gewinnen suchen.

Zunächst gehören die Kinder unserer Mitglieder nur in eine christliche Berufsorganisation. Dann auf der Arbeitsstelle. Zwar sind in öffentlichen Betrieben verhältnismäßig wenig Jugendliche. Aber dort, wo sie sind, wollen wir versuchen, in ein recht kollegiales Verhältnis mit ihnen zu kommen. Wir dürfen sie nicht, wie so viele es tun, für minderwertige Mitarbeiter halten, sondern soll in ihnen die Kollegen und Mitkämpfer sehen. Von unserem beruflichen Wissen und Können wollen wir ihnen mitteilen und ihnen helfen, daß sie ihren Mann voll und ganz stellen. Auch sonst uns schügend vor sie stellen, wenn gewisse Elemente daran gehen, systematisch in den Staub zu ziehen, was Eltern und Schule als heilig hingestellt haben, nur Gemeinheiten im Munde führen und die jungen Menschen an Leib und Seele verderben.

Wenn wir uns so der Jugendlichen annehmen, werden wir ihr Vertrauen gewinnen. Dann können wir mit ihnen über unseren Verband sprechen. Nicht rauch und herrisch verlangen, daß sie beitreten, sondern ihnen erzählen von der Macht des Arbeitgebertums, von der Arbeiter Schicksal, ihrer Rechtlosigkeit in früherer Zeit, von dem Wachen und Kämpfen der Organisation, von den Erfolgen der Führer. Jeder Junge hat für ideale Ziele Sympathie, sprechen wir darum weiter von dem, was noch zu tun ist, von unseren Zielen, daß die Aufgabe der Jugend, ist, diese zu vollenden und daß dies nur kann, wenn sie sich den Gewerkschaften anschließt und mithilft, daß diese immer stärker werden. Überzeugen müssen wir, damit der Junge nicht nur Beitragszahler, sondern lebendiges, vorwärtsstrebendes Glied der Arbeiterbewegung wird.

Um letzteres zu erreichen, dürfte es gut sein, in den Ortsgruppen, wo eine Anzahl jugendlicher sind, diese in besonderen Gruppen zusammenzufassen. Sie zu besonderen Sitzungen zu laden. Dieselben müssen unter dem Gesichtspunkt stehen: „Die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der Arbeiterschaft will errungen sein, wir werden beides nur erringen, wenn wir uns schulen und lernen, wenn wir unsere Freizeit zur Weiterbildung benutzen.“ Demnach kann in den Gruppen der Schulentlassenen über Berufliches und Allgemeinbildendes, später über Soziales, Wirtschaftliches, Arbeiterschutzes, Betriebsräte, Staatsrecht gesprochen werden. Am besten ist, wenn kein schematischer Vortrag gehalten wird, sondern nach einleitenden Worten durch Fragestellung die Zuhörer alle mitleben. Hauptsache ist, daß es nicht zu trocken hergeht. Wenn möglich, auch den Jungens selbst Vorträge übertragen, daß sie Herr der freien Rede werden, und auch gezwungen sind, sich selbst in die Sache zu vertiefen. Bekanntlich behält man am besten, was man sich selbst erarbeitet hat. Beschäftigungen und Wanderungen helfen mit, der Jugend Wege zur Weiterbildung zu zeigen.

Unsere ganze Arbeit muß so eingestellt sein, daß die Jugend bald selbst voran will, selbst nach Wegen sucht, mit den Problemen ringt, und so zur Jugendbewegung wächst. Sie wird schon Formen und Inhalt ihrer Zusammenkünfte selbst finden. Dann nicht kleinlich sein, nicht als Kletterer das letzte Wort haben wollen, auch der Jugend das Recht der Selbstbestimmung lassen. So gewöhnt sie sich auch in kleinen Dingen an Verantwortung und Demokratie. Es schadet gar nichts, wenn mal etwas beschloßen wird, was nachher nicht durchzuführen ist, oder dessen Durchführung sich als falsch erweist. Nach solchen Erfahrungen hat dann das Wort des Führers bei späteren Gelegenheiten viel mehr Einfluß.

Wenn die Zahl unserer jugendlichen nicht ausreicht, müssen wir darauf hinarbeiten, daß

